

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

118 (18.5.1884)

Beilage zu Nr. 118 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 18. Mai 1884.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 16. Mai. 77. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Ministerpräsident Noff, Ministerialrath Dörner.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, über den uns heute allein noch zu berichten obliegt (vergl. unseren Bericht in der gestrigen Nummer des Blattes), bildete die Berathung des dritten Berichts der Kommission für die Vorlage, die Erhebungen über die Lage der Landwirtschaft, insbesondere das Gebiet der Rechtspflege und das bürgerliche Recht betr. Berichterstatter: Abg. v. Neubronn.

Wir haben gestern bereits die Anträge der Kommission mitgetheilt und gestatten uns, hier auf diese Mittheilung Bezug zu nehmen.

Zu Antrag 1 — eine allgemeine Diskussion fand früher bereits statt — zeigt der Abg. Klein an einem Einzelfalle, daß die Anwaltskosten, insbesondere die Reisekosten der Anwälte entschieden zu hoch seien, und weist darauf hin, wie durch das Bekanntwerden solcher eklatanter Fälle die Kritik herausgefordert werde, die sich dann nicht mehr auf das zunächst allein in Frage kommende Gebiet beschränke, vielmehr gegen unsere nationalen Einrichtungen überhaupt wende und mittelbar dadurch auch den nationalen Sinn schädige. Die Höhe der Prozesskosten müsse ja allerdings so bemessen werden, daß die Staatskasse keine zu große Belastung erfahre und der Prozessträger entgegengeändert werde; die dermalige Höhe der Kosten gehe aber über diese Bedürfnisse weit hinaus und hindere vielfach auch die Geltendmachung wohl begründeter Rechtsansprüche.

Der Abg. Schneider (Karlsruhe) ist der Ansicht, es ließe sich am wirksamsten eine Kostenersparniß dadurch herbeiführen, daß man für unbedeutendere, zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörige Sachen das schriftliche Verfahren gestatte und dadurch den Geschäftsmann der Nothwendigkeit enthebe, jeweils für Geltendmachung kleinerer Forderungen einen Anwalt aufzustellen.

Der Abg. Noff hält ebenfalls dafür, daß die Reisekosten für die Rechtsanwälte zu hoch bemessen seien, glaubt aber, daß auch im Uebrigen eine Ermäßigung der Anwaltsgebühren anzustreben wäre, wengleich diese Gebührensätze so bemessen sein müßten, daß der Anwalt eine der Wichtigkeit seiner Aufgabe entsprechende Bezahlung erhalte.

Abg. Jungmanns: Die Hauptbeschwerde sei unzweifelhaft die, daß in allen Prozessen der obliegenden Partei die Anwaltskosten ersetzt werden müßten. Hier sei entschieden eine Aenderung im Sinne des früheren badischen Rechts anzustreben. — Das Institut der Gerichtsschreiber solle ihm gar nicht behagen. Es passe nicht in unsere Verhältnisse und sei, zumal da die Gerichtsschreiber nicht die nötige juristische Vorbildung besäßen, geeignet, die Rechtsuchenden den Anwälten zuzuführen. Endlich erscheint diesem Redner eine Erweiterung der bürgermeisterlichen Kompetenz angezeigt.

Auch der Abg. Kern spricht sich gegen die dermalige Höhe der Gerichtskosten aus, die, wenigstens was Erleichterungsprozesse anlangt, nicht einmal zur Minderung der Streitigkeiten geführt. — Eine Erweiterung der Kompetenz der Gemeindegerichte kann dieser Redner nicht befürworten, da es, wenigstens auf dem Lande, an gehörig qualifizierten Personen zur Ausübung der Gemeindegerichtsbarkeit fehle.

Der Abg. Nopp bedauert, daß der Amtsrichter nicht mehr wie früher den Parteien an die Hand gehe, sondern sich auf einen formalen Standpunkt stellend, denselben überlasse, vorzubringen und zu beantragen, was sie etwa für dienlich fänden, ohne durch entsprechende Belehrung auf eine sachgemäße Wahrnehmung der Rechte hinzuwirken. Des Weiteren betont dieser Redner gegenüber den Ausführungen des Abg. Kern, daß sich die Gemeindegerichte auch auf dem Lande gut bewährt hätten, und ihre Urtheile gerade deshalb, weil die Bürgermeister nach dem gefunden Menschenverstande zu entscheiden in der Lage seien, vielfach zutreffender seien, als die anderer Gerichte.

Für eine Erweiterung des schiedsrichterlichen Verfahrens im Interesse der Kostenersparniß spricht sich der Abg. Edelmann aus.

Ministerialpräsident Noff: Bezüglich einzelner von den Vorrednern erwählter Fragen könne er wohl auf das verweisen, was er bezüglich derselben bereits bei Gelegenheit der Berathung des Budgets des Justizministeriums ausgeführt habe. Dies gelte insbesondere von der Frage der Herabsetzung der Gerichtskosten. Dem Reichsjustizamte liege, wie schon erwähnt, das bezügliche Material vor. Dasselbe werde zu prüfen haben, ob eine weitere Herabsetzung jener Kosten möglich sei, und die Großh. Regierung werde nicht verfehlen, in den Berathungen, so weit dies thunlich, im Sinne der Wünsche des Hohen Hauses zu wirken.

Auch die Frage einer etwaigen Minderung der Anwaltskosten sei bereits berührt und damals von Seiten der Großh. Regierung ausgesprochen worden, daß auch ihre Herabsetzung der Reisekosten der Anwälte angezeigt erscheine. Dasselbe halte gleichwohl an dem Standpunkte fest, daß man in der Herabsetzung der Anwaltsgebühren im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Anwaltsstandes nicht zu weit gehen dürfe.

Hie und da seien auch Klagen über die Unnahbarkeit der Amtsrichter laut geworden. Das Gesetz hiefür verantwortlich zu machen, sei nicht gerechtfertigt; in solchen Fällen trage wohl die Individualität des betreffenden Beamten die Schuld und es sei Gegenstand fortgesetzter Bemühungen des Justizministeriums, einem Verhalten entgegenzuarbeiten, das keineswegs dem Geiste der Civilprozess-Ordnung entspreche. Dieses Gesetz wolle den Amtsrichter dem Publikum durchaus zugänglich erhalten, wenn es in § 464 bestimme, es habe derselbe in der mündlichen Verhandlung dahin zu wirken, daß die Parteien über alle erheblichen Thatsachen sich vollständig erklärten und die sachdienlichen Anträge stellten. Dem gleichen Gedanken entstamme die Bestimmung des § 471, wonach, wer eine Klage zu erheben beabsichtige, den Gegner zum Zwecke eines Sühneversuchs vor das Amtsgericht, vor welchem dieser seinen allgemeinen Gerichtsstand habe, laden und im Falle des Erscheinens beider Parteien ein Vergleich abgeschlossen werden könne. Hier also werde dem Amtsrichter die Aufgabe des Friedensrichters übertragen. — Es sei gewiß zu bedauern, wenn da und dort gegen den Geist der Civilprozess-Ordnung gefehlt werde, allein Redner hoffe, es werde sich hier, soweit möglich, Abhilfe schaffen lassen.

Der Abg. Schneider habe behauptet, es sei heute nicht mehr möglich, eine Klage schriftlich bei Gericht einzureichen. Dies treffe nicht zu; die Civilprozess-Ordnung gestatte ausdrücklich diese Form der Klageerhebung. In einfacheren Fällen werde sich überdies empfehlen, von dem Mahnverfahren Gebrauch zu machen.

Was die Gemeindegerichte anlangt, so erfahren dieselben ja bekanntlich eine verschiedene Beurtheilung, und insbesondere habe sich der Reichstag seinerzeit wenig freundlich zu dieser Institution gestellt. Die von der Großh. Regierung über die Thätigkeit der Gemeindegerichte veranlaßten statistischen Erhebungen sprächen indessen zu Gunsten dieser Gerichte. Im Ganzen hätten hiernach die Gemeindegerichte an bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erledigt: im Jahre 1881 8083, 1882 7926; von diesen seien 3634 im Jahr 1881 und 3933 im Jahre 1882 durch Vergleich erledigt worden. Berufungen auf dem ordentlichen Rechtsweg gegen die Entscheidungen der Bürgermeister seien im Jahre 1881 nur in 160, im Jahre 1882 in 180 Fällen vorgekommen; in 91 Fällen sei im Jahre 1881, in 102 im Jahre 1882 Bestätigung des bürgermeisteramtlichen Urtheils erfolgt.

Dieses günstige Ergebnis habe die Großh. Regierung veranlaßt, von sich aus zu erwägen, ob nicht eine Erweiterung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte innerhalb der gesetzlich gegebenen Grenzen eintreten oder etwa nach dem Vorgange Preußens eine Schiedsmannsordnung eingeführt werden sollte mit der Maßgabe, daß die vor dem Schiedsmann geschlossenen Vergleiche vollstreckbare Titel gewählten. Eine solche Schiedsmannsordnung habe jedenfalls den großen Vorzug, daß dann vor dem Schiedsmann ein Vergleichsvertrag auch dann vorgenommen werden könnte, wenn die streitenden Theile nicht derselben Gemeinde angehörten. Die veranlaßten Erhebungen seien noch im Laufe, immerhin aber könne das Hohe Haus aus den ihm gegebenen Mittheilungen ersehen, daß die Großh. Regierung bemüht sei, den ihr geäußerten Wünschen, wenn thunlich, zu entsprechen.

Abg. Schneider (Karlsruhe): Das Mahnverfahren vermöge den Vortheil des schriftlichen Verfahrens jedenfalls dann nicht zu ersehen, wenn der Schuldner in ähnlicher Weise Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl erhebe.

Abg. Günner: Auch das schriftliche Verfahren schülze nicht gegen chikanöse Verzögerung der Erledigung. Ueberdies sei auch gar nicht nöthig, daß man heutzutage jeweils einen Anwalt aufstelle. Es genüge, wenn man einen Geschäftsfreund oder eine sonst geeignete Persönlichkeit mit Vertretung der Sache betraue. Das mündliche Verfahren führe ganz entschieden zu einer rascheren Abwicklung der Prozesse.

Hiermit schließt die Diskussion.

Berichterstatter Abg. v. Neubronn: Die Kommission sei der Meinung gewesen, nur solche Anträge stellen zu sollen, deren Realisirung im Wege der badischen Gesetzgebung möglich und die zugleich in erster Linie den Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Bevölkerung Rücksicht trügen. Lege man sich diese Beschränkung nicht auf, dann komme man unfehlbar dazu, die ganze Justizorganisation in die Generaldiskussion hereinzuziehen. — Der Abg. Nopp habe über einen allzugroßen Formalismus der Amtsrichter gellagt. Dieser Vorwurf sei in der Civilprozess-Ordnung nicht begründet, vielmehr entspringe ein solches Verhalten vorzugsweise der Individualität des einzelnen Beamten. Im Uebrigen hingen die heute erhobenen Anstellungen mit einer etwaigen Reform der Civilprozess-Ordnung überhaupt, namentlich bezüglich des Instituts der Gerichtsschreiber zusammen, und paßten daher nicht in den Rahmen der heutigen Diskussion.

Was die Frage einer Erweiterung der Kompetenz der Gemeindegerichte anlangt, so sei er der Meinung, daß das Streben einer einzelnen Regierung, hier eine Aenderung durchzuführen, im Hinblick auf die wenig freundliche Stellung, welche der Reichstag seinerzeit gegenüber diesen Gerichten eingenommen, nur geringe Aussicht auf Erfolg haben würde. Ob diese Institution segensreich gewirkt, darüber wolle er sich hier nicht auslassen. Die mitgetheilte Statistik spreche jedenfalls zu ihren Gunsten. Dagegen schiene

ihm die Einführung des Instituts der Schiedsmänner entschieden vortheilhaft. Zu diesem Amte würden in erster Reihe die Bürgermeister berufen sein und Jeder wäre dann in der Lage, den Bürgermeister zu ersuchen, daß er ihn mit seinem Gegner zu einer vergleichsweisen Behandlung der Sache vor sich lade. Auf diesem Wege könnte ohne Zweifel vielen Prozessen vorgebeugt werden; allerdings wäre dann auch nöthig, daß man, was ja nach der Civilprozess-Ordnung statthaft, die vor einem Schiedsmann geschlossenen Vergleiche für vollstreckbar erkläre.

Der Abg. Blattmann begrüßt die unter Ziff. 2 gemachten Vorschläge.

Ziff. 3. Abg. Edelmann: Der Vorschlag Ziffer 3 sei von der allergrößten Wichtigkeit. Wer die Verhältnisse draußen auf dem Lande kenne, der wisse, daß der Gutsübernehmer in der Regel Kapitalaufnahmen machen müsse, um die Gleichstellungsgelder an seine Geschwister zahlen zu können, denn bei der Schätzung werde in der Regel der höchste Preis zu Grunde gelegt und dieser sei natürlich auch entscheidend für die Höhe der zu zahlenden Gleichstellungsgelder. So komme es, daß der Gutsübernehmer, in dessen Händen das Gut doch eigentlich bleiben sollte, dasselbe nicht halten könne, sobald irgend ein Unfall eintrete. — Die dermalige Gestaltung unseres Erbrechts müsse nothwendig mit der Zeit zum Ruin unseres Bauernstandes führen. Hier Vorsorge zu treffen empfehle es sich, zu Gunsten des Gutsübernehmers einen diesem wirklich vortheilhaften kindlichen Anschlag festzusetzen. Die Einführung der hannoverschen Hofordnung würde jedenfalls für unser Land von dem größten Nutzen sein.

Der Abg. Jungmanns befürwortet im Interesse der Erhaltung eines tüchtigen Bauernstandes die Aufnahme eines Systems, das die Untheilbarkeit des Liegenschaftsbesitzes, sowie den Auerben begünstige. Weiter wäre angemessen, wenn für Entrichtung der Gleichstellungsgelder gesetzliche Fristen eingeführt und ein der Grundrente entsprechender Zinsfuß in Ansehung derselben festgesetzt würde. Die Einführung der hannoverschen Hofordnung würde Redner als einen wesentlichen Fortschritt begrüßen. — Da man nicht selten auch Klagen darüber höre, daß die Güter von Seiten der Eltern um zu hohen Anschlag übergeben würden, so empfehle sich, eine Bestimmung zu treffen, wonach eine Ermäßigung des Uebernahmepreises in gerichtlichem Wege herbeigeführt werden könne.

Berichterstatter Abg. v. Neubronn: Die Kommission habe vor allem Gewicht darauf gelegt, daß der Landesgesetzgebung die Regelung des Erbrechts auch in dem neuen Zivilgesetzbuch vorbehalten bleibe. Dahin gehende Bestrebungen würden gewiß von Erfolg begleitet sein. — Weiter sei dieselbe von der Ansicht ausgegangen, daß für den Schwarzwalddas Hofgüterrecht nicht entbehrt werden könne. Gleichwohl habe sie sich nicht verhehlt, daß dasselbe einer Aenderung namentlich in Bezug auf die Höhe des kindlichen Anschlages in dem Sinne bedürftig sei, daß dem Gutsübernehmer ein erheblicher Abzug an dem Preise gestattet und auf diese Weise ermöglicht werde, die Mittel für den Betrieb des Gutes und etwaige Meliorationen verfügbar zu halten. Eine weitere Aenderung müsse in Ansehung der Festsetzung des Uebernahmepreises erfolgen. Zur Zeit geschehe dieselbe unter Zugrundelegung des laufenden Kaufwerthes. Dieses Verfahren entspreche den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht mehr. Es empfehle sich, den Uebernahmepreis künftig durch Kapitalisirung des Reinertrags festzusetzen. — Weiter glaube die Kommission vorschlagen zu sollen, daß man entweder die bestehende Vortheilrechtsordnung beibehalte, dann aber ihren Geltungsbereich genau feststelle, oder aber daß man nach dem Vorbilde der hannoverschen Hofordnung ein neues Gesetz mit Geltung für das ganze Land einführe.

Ziff. 4. Abg. Kern: Er sei der Ansicht, daß der Besitz der Kauf- und Tauschbriefe entschieden von Vortheil sei. Insbesondere erleichtere deren Vorhandensein bei Todesfällen den Notaren das Theilungsgeschäft ganz wesentlich. Wolle man eine Aenderung treffen, so solle man sich damit begnügen, die Gebühr für diese Briefe herabzusetzen.

Ministerialpräsident Noff: Wenn er die bezüglichen Bemerkungen des Berichts recht verstehe, so erachte die Kommission die Kauf- und Tauschbriefe zwar nicht für erforderlich, stelle aber doch keinen Antrag auf deren Beseitigung. Sie strebe daher wohl wesentlich eine Beseitigung, bezw. Minderung der Gebühr für diese Briefe an. Die Frage, ob man diesem Wunsche entsprechen könne, sei rein finanzieller Natur. Da zur Zeit doch Erhebungen im Gange seien bezüglich auf die Liegenschaftsaccise, so werde sich die vorliegende Frage bei dieser Gelegenheit ebenfalls in Erwägung ziehen lassen.

Abg. Jungmanns: Die Kauf- und Tauschbriefe seien ohne alle juristische Bedeutung, denn sie stellten lediglich Auszüge aus den Grundbüchern dar. Zweck derselben sei allein, die Erhebung eines Zuschlages zur Liegenschaftsaccise zu ermöglichen. Schon früher sei er für Beseitigung der Kauf- und Tauschbriefe eingetreten, allein man habe ihm entgegnet, die Einnahmen aus der Fertigung derselben seien nicht zu entbehren.

Der Abg. Edelmann legt den Kauf- und Tauschbriefen großen Werth bei, da eine Abschrift der betreffenden Grundbuchs-Auszüge bei Gericht aufbewahrt werde, was namentlich für den Fall von großer Bedeutung sei, daß einmal eine Gemeindegistratur durch Brand untergehen sollte.

Soolbad Dürrhein.

(701 Meter ü. d. M.)
Eröffnet vom 22. Mai bis 15. Oktober.
Stärkste und reinste Soole. Jährliche Bäderzahl ca. 10,000.
Dürrhein, den 4. Mai 1884. E. 350.2.

Großh. Salinenverwaltung.
Bezugnehmend auf obige Annonce empfehle ich meinen unmittelbar an die Bäder anschließenden

Gasthof zur Saline.

Preise für Frühstück 80 S., Table d'hôte 2 M., II. Tisch 1 M. 50 S. Nachtessen à la Carte, Zimmer von 1. 50. Bedienung wird nicht berechnet.
Achtungsvoll
E. 351.2. Ad. Helmenann, Besitzer.

Schwefelbad LANGENBRÜCKEN

Eröffnung am 20. Mai. **LANGENBRÜCKEN** Eröffnung am 20. Mai.
Eisenbahnstation zwischen Karlsruhe u. Heidelberg 1. Baden.
Gehaltreichste Schwefelquellen Süd-Deutschlands und der Schweiz.

Indikationen: **Bad- und Trinkkur** gegen chronische Hautkrankheiten, Magenkatarrhe, Leberanschoppungen, Blasenkatarrhe, Syphiliden, Metallvergiftungen, Gicht u. Rheumatismus.
Berühmteste Inhalationseinrichtungen gegen chronische Katarrhe des Kehlkopfes, des Rachens, der Nase und der Bronchien, Husten, Heiserkeit etc. Mildes Klima. Bahn-, Post- u. Telegraphenstation. Apotheke. Kurhotel. Heißes Schwefelwasser in frischster Füllung in allen Mineralwasserhandlungen. Prospekte und nähere Auskunft durch den Eigentümer: **K. Sigel.**

Luftkurort St. Märgen,

Bad, Schwarzwald.

Schönster gelegener Punkt: 2800' über der Meeresfläche, 5 Stunden von Freiburg entfernt, prachtvollste Fernsicht auf den südl. Schwarzwald, Bogenen u. Gebirge, reine Luft; reizendste Promenaden und Ausflüge. — Unterzeichneter bringt bei beginnender Saison seine auf das Beste eingerichtete „Ferienpension“ in empfehlender Erinnerung.
Kalte und warme Bäder im Hause. Gute reelle Bedienung. Mäßige Preise.
A. Wehrle, St. Märgen, bad. Schwarzwald.
NB. Post und Telephonstation in nächster Nähe. E. 406.2.

Preiswürdige und empfehlenswerte Cigarren.

Aromaticos, reiner Brafsilabak, mittelkräftige, vorzügl. Qualität, tadelloser Brand, Packung in 1/10 Kisten, pro Mille 40.— (Raucher, die auf Qualität sehen, sehr zu empfehlen.)
Ostindia Conchas, milde Qualität. Diese Cigarre wird lose unsortirt verpackt, um dieselbe durch Einsparnis an den Sortir- und Verpackungskosten billig liefern zu können.
Preis pro 1/10 Kiste = 250 Stück 14.—
1/4 Kiste = 1000 „ 54.—
Gefälligen Aufträgen hierauf sehen gerne entgegen. E. 213.10
C. W. Just & Co.,
Handlung der Brüdergemeine.
Königsfeld in Baden.

Prämirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881, Porto Alegre 1881.

Burk's Arznei-Weine.

Analytirt im Chem. Laborator. der Kgl. würt. Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart. — Von vielen Aerzten empfohlen. — In Flaschen à ca. 100, 200 und 700 Gramm. Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurbgebrauch.
Burk's Pepsin-Wein. (Pepsin-Essenz). Verdauungs-Fähigkeit. Dient bei schwachem oder verdorbenem Magen, Sodbrennen, Vorschlingung, bei den Folgen übermäßigen Genusses von Spirituosen etc. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.
Burk's China-Malvasier, ohne Eisen, stes, selbst von Kindern gern genommen. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— u. M. 4.—.
Burk's Eisen-China-Wein, wohlschmeckend und leicht verdaulich à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.
Man verlange ausdrücklich: Burk's Pepsin-Wein, Burk's China-Wein u. s. w. und beachte die Schutzmarke, sowie die jeder Flasche beigelegte gedruckte Beschreibung.
Vorräthig in sämtlichen Apotheken in Karlsruhe, Durlach, Heidelberg, berg, Mannheim, sowie in vielen anderen Apotheken des Landes. E. 159.3

Niederländisch - Amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Directe und regelmässige Postdampfschiffahrt zwischen

Rotterdam Amsterdam New-York.

Comfortable Einrichtung.
Abfahrt
Nach New-York jeden Samstag;
von New-York jeden Mittwoch.
und monatlich einen Extra-Frachtdampfer zwischen Amsterdam und Baltimore.
Passagepreise
1te Kajüte Mk. 300.—, 2te Kajüte Mk. 210.—, Zwischendeck Mk. 80.
Nähere Auskunft wegen Güter-Transport und Passage erteilt
die Direction in Rotterdam, sowie
die General-Agenten: **Kabus & Stoll, Conrad Herold und Mich. Wiercking** in Mannheim; **K. Schmitt & Sohn** in Karlsruhe; **W. Steiner** in Heidelberg. E. 128.20

ASTHMA

Indische Cigaretten
mit Canabis indica-Basis
von GRIMAUD & Co.
Apotheker in Paris.
Durch Einathmen des Rauches der Canabis indica-Cigaretten verschwinden die heftigsten Asthma-Anfälle, Krampfhusten, Keifheit, Gefächtschmerz, Schlaflosigkeit und wird die Hals-schwindigkeit, sowie alle Beschwerden der Atmungsbewege bekämpft. Jede Cigarette trägt die Unterschrift Grimaud & Co. und jede Schachtel den Stempel der französischen Regierung.
Niederlage in allen größeren Apotheken.

Graum Kochgeschirr.

garantirt echt,

Schutzmarke für das seit Jahren als haltbarstes bekannte Kochgeschirr.
A. H. Kreuser
Hannover
Ex- und Import.

Mineralbad Piel.

Vortreffliche Heilquelle. Gesunder ruhiger Aufenthalt. Billige Preise.
Näheres Bad- und Brunnen-Verwaltung Piel, Station Schliengen, Baden. (H 1912 Q)

8.310.2. Nr. 121. Gemeinde Oberweiler, Amt Rastatt.

Öffentliche Aufforderung

Grund- und Pfandbuchs-Vereinigung betreffend.
Auf den Grund des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die öffentlichen Mahnungen bei der Vereinigung der Grund- und Pfandbuchsblätter betreffend, ergeht hiermit:
1. an sämtliche Gläubiger, die seit länger als 30 Jahren in die Bücher dieser Gemeinde eingeschrieben sind, die Mahnung, diese Einträge, insofern sie noch Gültigkeit haben, zu erneuern;
2. widrigenfalls die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge gestrichen werden;
3. wird zugleich bekannt gemacht, daß ein Verzeichnis der in den Büchern beflagter Gemeinde seit mehr als 30 Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause zur Einsicht offen liegt.
Oberweiler (Amt Rastatt), den 7. Mai 1884.
Das Pfandgericht.
Merklinger.
Der Vereinigungskommissär:
Eisele, Rathschreiber.

Bürgerliche Rechtspflege.

Öffentliche Zustellungen.

E. 497.2. Nr. 12.306. Karlsruhe. Die Kaufleute Eduard Spiegel und Simon Wels, beide hiesig, Inhaber der Firma „Spiegel u. Wels“ hiesig, vertreten durch Rechtsanwält Dr. Blum hiesig, klagen gegen die Geschwister Oppenheimer von Karlsruhe, a. St. an unbekanntem Orten abwesend, aus Miethe, mit dem Antrage auf Verurteilung der Beklagten zur Zahlung von 262 M. 50 Pf. und 5 % Zins vom Klageaufstellungstage, sowie vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urtheils, und laden die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Karlsruhe, Adamiestraße Nr. 2, I. Stock, Zimmer Nr. 1, auf
Dienstag den 1. Juli 1884, Vormittags 9 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 8. Mai 1884.
Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Amtsgerichts.
Braun.

E. 456.1. Nr. 13.055. Forstheim. Der Landwirth Wilhelm Steudle von Esingen, als Klagevormund des unehelichen Kindes Christian Steudle hiesig, klagt gegen den ledigen Schmied Michael Mayer von Esingen, a. St. an unbekanntem Orten abwesend, aus Verlust mit der Mutter des klagen Kindes in der Zeit vom 26. November 1882 bis 24. März 1883, mit dem Antrage auf Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung eines wöchentlichen Ernährungsbeitrags von 1 M. vom 20. September 1883 an, bis das Kind das 14. Lebensjahr zurückgelegt haben wird, in vierteljährlichen vorauszahlbaren Terminen, sowie vorläufige Vollstreckbarerklärung des Urtheils, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Forstheim auf
Dienstag den 29. Juli 1884, Vormittags 9 Uhr.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Forstheim, den 11. Mai 1884.
Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Amtsgerichts.
Konstanzverfahr. n.

E. 457. Nr. 4024. Bretten. Das Großh. Amtsgericht Bretten hat verfügt: Ueber das Vermögen aus dem Nachlasse des Landwirths Philipp Heinrich Reichbacher von Wöflingen wird, da durch die Verlassenschaftsalten dessen Ueberschuldung nachgewiesen ist, heute am 14. Mai 1884, Nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Herr Notar Kilian hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. Juni 1884 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Mittwoch den 4. Juni 1884, Vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Mittwoch den 25. Juni 1884, Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestite der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 18. Juni 1884 Anzeige zu machen.
Bretten, den 15. Mai 1884.
Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Amtsgerichts:
Wolpert.

Bermögensabsonderungen.
E. 455. Nr. 2942. Offenburg. Die Ehefrau des Anton Glas, Justine, geb. Rod in Sulz, vertreten durch

Rechtsanwalt Bumiller, hat gegen ihren genannten Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei Großh. Landgericht erhoben und ist Termin zur mündlichen Verhandlung hierüber vor der Civilkammer II auf
Mittwoch den 25. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr,
anberaumt, was zur Kenntniß der Gläubiger veröffentlicht wird.
Offenburg, den 15. Mai 1884.
Die Gerichtsschreiberei
des Großh. bad. Landgerichts.
Reimling.

E. 459. Nr. 2966. Offenburg. Die Ehefrau des Kaufmanns Christian Bolber, Friederica, geborne Fäcke in Schiltach, hat durch Rechtsanwalt Muter hier gegen ihren Ehemann Klage auf Vermögensabsonderung bei Großh. Landgericht erhoben und ist Termin zur mündlichen Verhandlung vor der Civilkammer II auf
Mittwoch den 25. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr,
anberaumt.

Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Offenburg, den 16. Mai 1884.
Die Gerichtsschreiberei
des Großh. bad. Landgerichts.
Reimling.

E. 454. Nr. 8158. Mannheim. Die Ehefrau des Bäckers, Krämers und Wirths Michael Münch, Dorothea, geborne Pfäfler in Weinheim, vertreten durch Rechtsanwält Weinhard in Mannheim, hat gegen ihren Ehemann bei diesem Amtsgerichte eine Klage mit dem Begehren eingereicht, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzulohnern.
Termin zur Verhandlung hierüber ist auf
Dienstag den 24. Juni 1884, Vormittags 9 Uhr,
vor der Civilkammer III bestimmt. Dies wird zur Kenntnißnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht.
Mannheim, den 13. Mai 1884.
Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Landgerichts.
Krebs.

Verfollenenverfahren.
E. 361. Nr. 5357. Necklisch. Nachdem Johann Braun von Necklisch der diesseitigen Aufforderung vom 19. Februar 1883, Nr. 1852, keine Folge geleistet hat, wird er für
verfollenen
erklärt und werden seine nächstberechtigten Verwandten — Josef Braun Wittwe und Alois, Franziska und Anna Braun von hier — gegen Sicherheitsleistung in fürsoralichen Besitz und Gewähr des Nachlasses des für verfollenen erklärten Johann Braun von hier eingewiesen.
Necklisch, den 9. Mai 1884.
Großh. bad. Amtsgericht.
gez. Breitner.

Die wörtliche Uebersetzung vorstehender Aufforderung mit der Urschrift des Beschlusses beurkundet.
Necklisch, den 9. Mai 1884.
Der Gerichtsschreiber:
Wantel.

E. 430. Nr. 8112. Sinsheim. Das Großh. Amtsgericht Sinsheim hat unterm Heutigen, Nr. 8112, nachstehend veröffentlichten
Beschluss
erlassen:
Nachdem Christof Heinrich Spies von Eschelbach auf die diesseitige Aufforderung vom 20. April 1883, Nr. 7828, keine Kenntniß von seinem derzeitigen Aufenthaltsort hierher gelangen ließ, wird derselbe für verfollenen erklärt und sein Vermögen seinen muthmaßlichen Erben, als:
1. Martin Spies, Gemeinderath,
2. Adam und Jakob Spies, unter gemeinsamer Vormundschaft ihrer Mutter, der Adam Spies Wittwe, Elisabetha, geb. Bender, 3. Elisabetha, Katharina, Karolina, Heinrich, Martin u. Eduard Spies, unter gemeinsamer Vormundschaft ihrer Mutter, der Jakob Spies Wittwe, Katharina, geborne Spies, 4. Friedrich Spies ledig — Alle von Eschelbach —, nunmehr gegen Sicherheitsleistung in fürsoralichen Besitz übergeben.
Sinsheim, den 6. Mai 1884.
Der Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Amtsgerichts:
A. Haffner.

Erbschaftsbesetzung.
E. 495. Emmendingen. Wilhelm Friedrich, Benjamin Christian und

August Bäckerle von hier, zuletzt in America, sind zur Erbschaft auf Ableben ihres Vaters, Christian Bäckerle, früher Waldhütter dahier, gesetzlich berufen. Dieselben werden zur Theilungsverhandlung mit Frist

von 3 Monaten mit dem Anfügen anher vorgeladen, daß im Falle sie nicht erscheinen, die Erbschaft Denen zuertheilt wird, welchen sie aufleime, falls sie, die Geladenen, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätte.
Emmendingen, den 10. Mai 1884.
Großh. Notar
A. Starck.

Handelsregisterinträge.
E. 365. Nr. 4028. Adelsheim. Unter D. B. 15 des Gesellschaftsregisters, Firma „Strauß & Gerich“ in Oberburfen, wurde eingetragen:
Ehevertrag des Gesellschafters Wolf Gerich mit Klara, geborne Gerich aus Ludwigsburg, vom 20. März 1884, wonach das jetzige und künftige Einkommen beider Eheleute gemäß P. R. S. 1530 ff. von der ehelichen Gütergemeinschaft ausgeschlossen ist.
Adelsheim, den 7. Mai 1884.
Großh. bad. Amtsgericht.
Bechtold.

E. 356. Nr. 6058. Stockach. Beschluss. Zu D. B. 4 des Gesellschaftsregisters — Kromer und Sträßl in Bizenhausen — wurde heute eingetragen:
„Die Firma ist erloschen.“
Stockach, den 8. Mai 1884.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Ottenbacher.

Strafgerichtsverhandlung.
E. 534. Section III. Nr. 836. Rastatt. Wider die Kanoniere:
1. Friedrich Keiser von Mühlhausen im Eläß — vom badischen Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 14 —
2. Franz Karl Böhl von Badenweiler, Amt Offenburg, — vom 2. badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30 —

ist der förmliche Defectionprozess im contumacialverfahren eröffnet worden. Dieselben werden hiermit aufzufordert, sich innerhalb 3 Monaten, spätestens aber in dem auf Samstag den 13. September l. J., Vormittags 10 Uhr,
im hiesigen Kommandantur-Gerichtslokale (Militärarresthaus) anberaumten Termine zu stellen, widrigenfalls sie nach Abschluss der Untersuchung in contumacia für schuldig erklärt und in eine Geldstrafe von 150—3000 Mark werden verurtheilt werden.
Rastatt, den 14. Mai 1884.
Kommandantur-Gericht.

Holz- u. Eichelnohrinden-Versteigerung.
E. 475.2. Nr. 666. Großh. bad. Bezirksforstei Säckingen versteift mit smonatlicher Zahlungsfrist — je Vormittags 10 Uhr beginnend —
Montag den 19. d. M., im Gasthause zum Murghahn in Murg, aus Domänenwaldbestritt Thimolswald: 20 Eichen, 3 Buchen, 240 tannene Stämme u. Klöße, 40 Ster Paubholz und 130 Ster Nadelholz-Schelte und -Brügel, 3700 Laub- und Nadelholzwellen, sowie etwa 200 Zentner unauflösbare Eichen-Clanarinde;
Dienstag den 20. d. M., im Gasthause zur Tanne in Ega, aus Domänenwaldbestritt Reichenhardt: 450 tannene Stämme und Klöße, 375 Ster tannene Schelte und Brügel, sowie 2400 tannene Wellen;
Mittwoch den 21. d. M., im Gasthause zur Krone in Wehr, aus dem Domänenwaldbestritt Steinbergberg: 20 Eichen, 1 Buche, 50 tann. Stämme und Klöße, 600 Ster buchene, 180 Ster eigene Schelte und Brügel, sowie 180 Ster buchene und eichene Reisig;
aus Domänenwaldbestritt Ewald: 1 Ahorn, 2 Linden, 173 tann. Klöße, 780 Ster buchene, 130 Ster eigene, ulmene und tannene Schelte, Brügel und Reisig, sowie 108 Ster fichtene Klobholz, zur Cellulose-Fabrikation geeignet.

Die Domänenwaldhüter Huber in Hornberg, Gollmann in Wehr, Ruffe in Rippolingen und Brutsch in Oberhof werden die obigen Verkaufsobjekte auf Verlangen vor.

Amtsstube des Herrn Schmidt, Notar in Barr i. Elßh. Zwangsversteigerung.
Donnerstag den 29. Mai 1884, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathhause in Barr werden folgende Liegenschaften des H. Leo u. Israel Fischer, Erber und Handelsleute in Barr, angehörend, im Zwangsverfahren veräußert werden:
Eine Berberei mit Wohnhaus und Dependenzien zu Barr an der Rindestraße, Sect. I, Nr. 661, 662, 663 und 664, von einer Fläche von 6 a 58 c.
Zum Angebot von M. 12000,— und das daran grenzende Wohnhaus mit Zubehörungen alba an der Rindestraße Nr. 4, Sect. H, Nr. 668, von einer Fläche von 5 a 85 c.
Zum Angebot von M. 10000,— Das Bedingniß liegt in der Amtsstube des Herrn Notar Schmidt in Barr zu Jedermanns Einsicht kostenfrei offen.